

Björn Sänger, MdB

Newsletter aus Berlin

Gesundheitsreform: Einstieg in den Umstieg geschafft

Der Beschluss der christlich-liberalen Regierungskoalition ist ein guter Kompromiss für ein zukunftsfestes Gesundheitssystem.

Gewähr auf ein nachhaltig finanziertes und leistungsstarkes Gesundheitswesen



tem. Damit haben die Versicherten die Gewähr auf ein nachhaltig finanziertes und leistungsstarkes Gesundheitswesen. Wir verbinden eine strukturelle Neuordnung des Gesundheitswesens mit fairen und gleichmäßig verteilten

Ausgabenbegrenzungen. Zugleich führen wir den einkommensabhängigen Kassenbeitrag auf das Niveau vor der Wirtschafts- und Finanzkrise zurück. Die Subventionierung, die durch die Krise erforderlich war, ist nun verzichtbar.

Durch vom Einkommen unabhängige Zusatzbeiträge wird die Finanzierung von den Arbeitskosten entkoppelt und stellt das Gesundheitswesen damit auf ein stabiles Fundament. Die Krankenkassen erhalten wieder mehr Finanzautonomie. Hier können Kassen sich Wettbewerbsvorteile verschaffen, indem sie gute Leistungen zu günstigen Tarifen anbieten. Den Versicherten fällt es künftig leichter, Preis und Leistung Ihrer Krankenversicherung miteinander zu vergleichen. Der mit den Zusatzbeiträgen ver-

bundene soziale Ausgleich aus Steuermitteln ist unbürokratisch und gerechter als das bisherige System. Bezieher niedriger Einkommen werden vor Überforderung geschützt. Der Arbeitgeberanteil wird darüber hinaus nun bei 7,3 Beitragssatzpunkten festgeschrieben. Das sichert und schafft Arbeitsplätze.

Weitere, von der FDP-Bundestagsfraktion seit Langem geforderte strukturelle Maßnahmen wie eine Reform der ärztlichen Vergütung und eine Ausweitung der Kostenerstattung werden wir nun zügig angehen. Ziel der FDP-Bundestagsfraktion ist ein wettbewerbliches Gesundheitssystem, das Wahlfreiheit ermöglicht und eine stabile Basis für künftige Herausforderungen gewährleistet.

Erfolgreiche Entlastungspolitik macht sich bemerkbar

Von jedem verdienten Euro zahlen die Bürgerinnen und Bürger 2010 50,4% als Steuern und Abgaben an den Staat. Umgerechnet auf das gesamte Jahr haben sie somit bis zum 4. Juli nur für die Staatskasse gearbeitet. Die gute Nachricht: Durch die Entlastungsmaßnahmen zum 1. Januar 2010 arbeitet die Mitte in Deutschland wesentlich kürzer für die Staatskasse als noch im Vor-

jahr. Der Steuerzahlertag 2009 war erst am 15. Juli. Trotzdem verdeutlicht der Steuerzahlertag 2010 auch, dass die Bürgerinnen und Bürger weiterhin stark belastet werden. Dennoch muss der Haushalt aber weiter konsolidiert werden. Das Steueraufkommen sinkt auch in Zeiten wirtschaftlicher Krise nicht, es steigt nur weniger stark als erwartet. Der öffentlichen Hand stehen weiter Ein-

nahmen in Rekordhöhe zur Verfügung. Der Staat hat also kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem. Diese Einnahmen müssen dazu genutzt werden, den Haushalt zu konsolidieren, die Struktur des Steuersystems zu reformieren und durch Entlastung der Mitte Voraussetzungen für neues Wachstum zu schaffen. Dabei gilt: Ein faires Steuerrecht braucht einfache Regeln.

Themen in dieser Ausgabe:

- > Gesundheitsreform
- > Steuerzahlertag 2010
- > Verbot von Leerverkäufen
- > Selbstbehalt von Verbriefern
- > JuLi-Finanzmarktkonferenz
- > Politik für den Wahlkreis
- > Auf einen Kaffee mit...
- > Reden im Bundestag

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

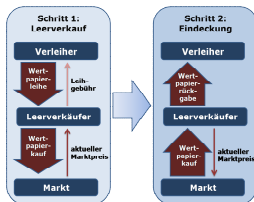
mit vier Sitzungswochen im Juni und Juli hat der Bundestag noch ein strammes Programm vor der parlamentarischen Sommerpause abgespult. Im Bereich der Finanzmarktregulierung konnte einiges verabschiedet werden. Auch in der Gesundheitspolitik wurde eine Einigung erzielt.

Ich werde die Sommerpause nutzen, um mich vor Ort in Hessen über die Chancen und Probleme zu informieren. Im Rahmen meiner Sommertour suche ich Betriebe und Organisationen auf, um Anregungen für meine Berliner Arbeit zu gewinnen. Sie lesen darüber dann an dieser Stelle.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Sommerzeit.

Ihr 

Schädliches von Unschädlichem trennen



Die christlich-liberale Koalition hat mit dem ‚Gesetz zur Verhinderung missbräuchlicher Wertpapier- und Derivategeschäfte‘ einen weiteren wichtigen Mosaikstein der Finanzmarktregulierung gelegt.

Mit dem Gesetzentwurf bringt die Koalition wirksame Maßnahmen auf Weg. Insbesondere ist hier die endlich geschaffene gesetzliche Grundlage für die Eingriffe der BaFin zu nennen, nachdem diese jahrelang ohne gesetzliche Ermächtigung ge-

handelt hat. Die Befristung der Maßnahmen auf 12 Monate, sowie die Information des Bundestages bei einer weiteren Verlängerung verhindern so Alleingänge der BaFin am Parlament vorbei. Zudem werden die BaFin-Verbote im Benehmen mit der Bundesbank erfolgen und auch über dieses Verfahren ist der Bundestag von der Bundesregierung zu informieren. Der FDP war es besonders wichtig, dass es beim Verbot von Leerverkäufen keine Ermächtigung für das Bundesfinanzministeri-

um gibt. Damit besteht keine Möglichkeit seitens des Ministeriums, einzelne Verbote ohne Eingriffsmöglichkeiten des Parlament auszusprechen. Dies ist um so wichtiger, da so ein Mangel an parlamentarischer Kontrolle verhindert wurde.

Den Antrag der Koalition finden Sie hier: Drs. [17/1952](#)

Die Beschlussempfehlung und den Bericht hier: Drs. [17/2336](#)

Meine Rede im Plenum finden Sie auf www.bjoern-saenger.de

„Echte Regulierung schaffen und gleichzeitig auf europäische Lösung hinarbeiten“

Deutsche Vorreiterrolle bei Selbstbehalt von Verbriefungen

Im Rahmen der Umsetzung der Kapitaladäquanzrichtlinie hat sich die Koalition darauf verständigt, dass die Höhe des Selbstbehaltes für die nächsten zwei Jahre bei 5% bleiben wird, wie es die EU-Richtlinie vorsieht. Ab 2013 wird sie auf 10% heraufgesetzt, da bereits schon heute 5% gängige Geschäftspraxis sind.

In der Zwischenzeit wird die Bundesregierung beauftragt, auf europäischer Ebene eine einheitliche Regelung mit einem Selbstbehalt von 10% herbeizuführen. Zum einen wird damit eine echte Regulierung in Deutschland geschaffen und gleichzeitig auf eine europäische Lösung hingewirkt.

Mit der eingeplanten Übergangszeit wird darüber hinaus, eine Schwächung des Finanzplatz Deutschlands vermieden. Die Wirkung einer Erhöhung auf 10% wird eine insgesamt nachhaltige Lösung für die Erreichung der Finanzmarktstabilität sein, da die Verkäufer von Verbriefungen noch risikosensibler handeln würden.

Finanzmarktkonferenz der Jungen Liberalen



JuLi-MdB Björn Sänger als Diskutant bei der Finanzmarktkonferenz

Der Bundesverband der Jungen Liberalen (JuLis) hatte kurzfristig zu einer Diskussionsveranstaltung am 22. Juni zum Thema Finanzmarktkrise nach Frankfurt eingeladen. JuLi-Chef Lasse Becker konnte JuLis aus insgesamt fünf Landesverbänden begrüßen.

Unter der Leitung des Stellv. JuLi-Bundesvorsitzenden Jan

Krawitz diskutierten die Gäste Prof. Dr. Roland Vaubel (VWL-Prof. Uni Mannheim), Dr. Bernhard Speyer (Deutsche Bank Research) und Björn Sänger, MdB (JuLi und Mitglied im Finanzausschuss des Bundestags) mit den knapp 30 anwesenden JuLis über die Themen G20-Treffen, Finanzmarktregulierung, Haushaltskonsolidierung, Wechselkurspolitik, Rolle

der Zentralbanken, EU-Stabilitätspakt, Finanztransaktions- und Finanzaktivitätssteuer, Bankenabgabe, Aufsicht und Regulierung von Rating-Agenturen und Restrukturierung bzw. Abwicklung angeschlagener Banken.

Der Videomitschnitt der Veranstaltung ist im internen Bereich auf www.julis.de zu sehen sein.

Erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik auch in Nordhessen spürbar

Der Jahreswirtschaftsbericht zeigt, dass es in Deutschland wieder aufwärts geht. Die Bundesbank geht von einem Wachstum für 2010 von 1,9% aus, der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) von 2,3%. Ich bin optimistisch gestimmt, dass sich diese Erholung auch 2011 fortsetzen wird. Darauf deuten volle Auftragsbücher, eine steigende Auslastung der Kapazitäten und ermutigende Signale vom Arbeitsmarkt hin. Es zeigt sich deutlich, dass die Ziele, die von der christlich-

liberalen Regierung mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz erreicht werden wollten, auch erreicht wurden. Insbesondere auch die Entwicklung in Nordhessen ist sehr erfreulich. Mit einer Arbeitslosenquote von 6,3% liegt Hessen deutlich unter dem Bundeschnitt von 7,5%. Dies ist auch ein Verdienst der schwarz-gelben Koalition in Wiesbaden und des liberalen Wirtschaftsministers Dieter Posch. Dass die Quote im Regierungsbezirk Kassel mit 6,2% noch einmal

darunter liegt, ist ein positives Signal für die Region. Waldeck-Frankenberg (Agenturbezirk Korbach) zählt mit 5,7% zu den Spitzenreitern in Hessen und wird nur von Fulda übertroffen. Auch hier zeigt sich die liberale Handschrift in der Kreistagskoalition. Dort wo die FDP Verantwortung trägt, haben die Menschen mehr Arbeit.

Das Mehr an Arbeitsplätzen in Nordhessen bringt nicht nur ein erhöhtes Steueraufkommen mit sich, sondern steigert auch die Lebensqualität vor Ort.



Wo die FDP Verantwortung trägt, haben die Menschen mehr Arbeit

Einsatz für Anbindung an das überregionale Fernstraßennetz

In einem Brief habe ich mich an den Bundesverkehrsminister Dr. Ramsauer gewandt, um auf die prekäre Ausbausituation der Fernstraßen in Nordhessen hinzuweisen. Hier auszugsweise einige Passagen des Briefes:

„Ich begrüße ausdrücklich den zwischen Ihnen und Dieter Posch abgestimmten Fahrplan für infrage kommende Baumaßnahmen in

den nächsten zwei Jahren, mit einem Volumen von 8 Millionen Euro. (...) Der kontinuierliche Weiterbau der A 49, der nun durch vorbereitende Baumaßnahmen 2010 beginnen soll, ist an diesem Abschnitt der Realisierung für alle handelnden und Verantwortung tragenden Personen eine Frage der Glaubwürdigkeit von Politik. Mit großer Freude habe ich zur Kenntnis genommen,

dass Ihr Haus den vorbereitenden Maßnahmen, die Hessen beginnen möchte, für die zweite Jahreshälfte zugestimmt hat. (...) Wichtig ist, dass endlich substantiell mit dem Weiterbau der A 49 begonnen werden kann.“

Bei Interesse können Sie den kompletten Wortlaut über mein Berliner Büro anfordern: berlin@bjoern-saenger.de

„Der kontinuierliche Weiterbau der A 49, der nun durch vorbereitende Baumaßnahmen beginnen soll, ist für alle handelnden und Verantwortung tragenden Personen eine Frage der Glaubwürdigkeit von Politik“

Besuchergruppe in Berlin – Lebenstraum erfüllt

Anfang Juni konnte ich eine circa 50köpfige Besuchergruppe aus Nordhessen in Berlin begrüßen. Die Teilnehmer besichtigten in den drei Tagen die Orte des politischen Geschehens in Berlin, sowie weitere Sehenswürdigkeiten der Bundeshauptstadt.

Auf meine Einladung hin war auch Frau Margarete Schubert

(Frankenberg) unter den Mitreisenden. Die 90jährige gebürtige Berlinerin hatte anlässlich ihres diesjährigen Geburtstages den Wunsch geäußert noch einmal die Stätten ihrer Kindheit zu besuchen. Es war mir eine Freude, Frau Schubert diesen Wunsch zu erfüllen. Mit den mir hier in Berlin zur Verfügung stehenden Mitteln, war es für mich eine Selbstverständlichkeit,

dies zu ermöglichen. Frau Schubert konnte am Rande der Besucherfahrt sowohl ihrem Geburtshaus als auch weiteren wichtigen Bezugspunkten ihrer Kindheit/Jugend einen Besuch abstatten. Für sie erfüllte sich damit ein lang ersehnter Wunsch. Es ist beeindruckend, dass sie trotz der Reisetrapazen den Weg nach Berlin antreten konnte.

Margarete Schubert und Björn Säger in Berlin



Auf einen Kaffee mit Björn Sänger

Im Dialog mit Ihnen:
Podcast-Serie gestartet



Vielleicht haben Sie es bei einem Besuch auf meiner Homepage, oder in den Sozialen Netzwerken schon mitbekommen: Seit Mitte Juni gibt es in jeder Sitzungswoche eine Folge meiner neuen Podcast-Serie „Auf einen Kaffee mit Björn Sänger“. Diese Videos können Sie auf meiner [Homepage](#) oder direkt auf [YouTube](#) abrufen.

Ziel ist es, über dieses Format mit den Bürgerinnen und Bürgern in den Dialog zu treten. Während einer Tasse Kaffee erkläre ich kurz politische Themen, oder diskutiere mit Gästen (so u.a. mit dem hessischen FDP-Fraktionsvorsitzenden Florian Rentsch und dem FDP-Generalsekretär Christian Lindner) über die aktuelle politische Lage. Über die Kommentarfunktion haben Sie die Möglichkeit, Rückmeldung in Form von Lob, Kritik oder Anregungen zu geben.

Mein Dank gilt an dieser Stelle dem Café „auf die hand“ in der Luisenstraße in Berlin, die mir die Räumlichkeiten zur Verfügung stellen.

Björn Sänger, MdB

Deutscher Bundestag
Björn Sänger, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030-227 74665
Fax: 030-227 76665

E-Mail: berlin@bjoern-saenger.de
Homepage: www.bjoern-saenger.de

Bildnachweis:
S. 1: FDP-Fraktion
S. 2: Wikipedia
S. 2: Junge Liberale
S. 3: Archiv

Björn Sänger im Plenum

Auch im Juni/Juli gab es wieder viel zu tun. Insgesamt fünf Mal hatte ich die Gelegenheit für die FDP-Fraktion im Plenum zu finanzpolitischen Themen zu sprechen. Wie immer finden Sie die Videomitschnitte, sowie die stenographischen Protokolle auf meiner Homepage zum ansehen und nachlesen.

[Rede vom 10.06.2010](#)

Zum Entwurf eines "Gesetzes zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte" (Antrag der Bundesregierung, Drs. 17/1952)

[Rede vom 17.06.2010](#)

Zum Entwurf eines "Gesetzes über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Instituten und Versicherungsunternehmen" (Antrag der Bundesregierung, Drs. 17/1291, Drs. 17/1457, Drs. 17/2181)

[Rede vom 18.06.2010](#)

Zu diversen Anträgen der Opposition zur Finanztransaktionssteuer (Drs. 17/527, 17/518, 17/471, 17/1422, 17/2133, 17/2187)

[Rede vom 02.07.2010](#)

Zum Entwurf eines "Gesetzes zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte" (Antrag der Koalition Drs. 17/1952, Beschlussempfehlung & Bericht Drs. 17/2336)

[Rede vom 07.07.2010](#)

Zur Umsetzung der geänderten Bankenrichtlinie und der geänderten Kapitaladäquanzrichtlinie (Drs. 17/1720, 17/1803, 17/2472)



twitter.com/bjoernsaenger
facebook.com/bsaenger
mein.vz.net/bjoern-saenger